

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,05... monatlich 35... frei ins Haus...

Mormörs

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 3. Mai 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Poincaré gegen Barthou.

Barthou Ueberbringer eines Reparationsvorschlages.

Von amtlicher französischer Seite wird bestätigt, daß das Verhalten des französischen Botschafters Barrère...

Die englische Presse nimmt den Zwischenfall sehr ernst. So spricht „Daily Chronicle“ von einem endgültigen Versuch Poincarés...

Ein Wiedergutmachungsplan Lloyd Georges.

London, 3. Mai. (WTB.) Der diplomatische Vertreter der „Daily News“ berichtet aus Genua...

Der Berichterstatter der „Daily News“ fragt, ob Frankreich eine so vernünftige Entscheidung annehmen werde...

1. Unmittelbar vor Genua erklärte Großbritannien, daß die Vereinbarung bezüglich des Erlasses der Zinsen...

2. Frankreich brauche dringend Bargeld. Wenn die unmittelbare Verpflichtung Deutschlands auf 45 Milliarden herabgesetzt würde...

3. Wenn der neue Plan gebilligt werde, werde Großbritannien, das eine Stabilisierung Europas für einträglicher halte...

Die Petroleumfrage.

Paris, 3. Mai. (WTB.) Die französische Regierung hat gestern zwei Sachverständige für Petroleumfragen ernannt...

Die georgische Frage in Genua.

Genua, 2. Mai. (WTB. Spezialbericht.) Die russische Delegation veröffentlicht einen Brief Tschitscherins vom 30. April...

Das Schreiben schließt, die russische Delegation halte es um so mehr für angebracht, an die erwähnten Tatsachen zu erinnern...

Sowjetrußland und der Vatikan.

Paris, 3. Mai. (WTB.) Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Rom wird in vatikanischen Kreisen das Gerücht bestätigt...

Der Dollar über 300.

Die Ernennung der deutschen Mark an der gestrigen New Yorker Börse und die Nachrichten über die Abreise Barthous aus Genua...

Die Vorgänge von gestern.

Gegen Mitternacht wurden gestern im Rathaus von einer Mehrheit, die aus Sozialdemokraten und Bürgern bestand...

Die begreifliche Erregung der städtischen Arbeiterschaft, die berechtigte Demonstration und ihre planlose Durchführung...

Es muß daher noch einmal in vollster Objektivität festgestellt werden, welche Parteien diesen vernünftigen Ausgang...

Am Donnerstag vergangener Woche stimmten Deutsch-nationale, Wirtschaftspartei Unabhängige und Kommunisten...

Für das weitere Verhalten der Kommunisten und Unabhängigen ist aber entscheidend die Tatsache, daß sie am Donnerstag...

Und gestern? Dem sozialdemokratischen Vorschlag, in der zugespitzten Situation auf jedes Reden zu verzichten...

Und dann haben gestern die Unabhängigen zusammen mit den Deutschnationalen und Kommunisten in der Schlussabstimmung...

Das sind die Tatsachen, an denen keine agitatorische Verdrehung rütteln kann. Jeder Einsichtige muß erkennen, wieviel Erregung und wieviel Unheil bei einer vernünftigen und arbeiterfreundlicheren Politik...

Diese Tatsachen zeigen, daß sich jeder Versuch der Unabhängigen und der Kommunisten, die gestrigen Vorgänge gegen die Sozialdemokratische Partei auszuschlichten...

Die Folgen des unentschuldbaren polizeilichen Vorgehens sind glücklicherweise nicht so schlimm, wie es schien...

eingeliefert werden, auch ihr Zustand läßt auf baldige Wiederherstellung hoffen. Die „Rote Fahne“ spricht in durchsichtiger Absicht von 2 Toten und 25 Verletzten, ihr kann ja nie genug Blut fließen, und Tote — unter einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten — sind unbezahlbar für die Agitation. Man kann dem Schmerz edler Seelen darüber nachfühlen, daß ihre „Toten“ noch leben.

Am übrigen geht aus der Darstellung der „Roten Fahne“ sowie der „Freiheit“ hervor, daß die Schuld an der gar nicht zu rechtfertigenden Attacke untergeordnete Organe trifft. Genannt werden die Hauptleute v. Bermuth und Becke. Gegen sie sei der Polizeipräsident ohnmächtig.

Wir erwarten zuversichtlich, daß sich diese Annahme als irrig erweisen wird. Es ist die Aufgabe der vorgelegten Behörden, dafür zu sorgen, daß die Schutzpolizei ihrem Namen Ehre macht und wirklich zum Schutz der Bevölkerung da ist, nicht aber, wie es gestern der Fall war, zu ihrer Gefährdung. Die Situation war gestern eine ganz andere als bei dem bekannten tragischen Vorfall vor dem Reichstag im Januar 1920, wo die Schutzpolizei durch das wilde Treiben des Mobs, Entwaffnung und Verprügelung von Beamten und einen versuchten Sturm auf den Reichstag, zum Vorgehen gezwungen wurde. Gestern lag nichts dergleichen vor. Der Verkehr war gehemmt, aber Straßenbahnwagen, die nicht weiterfahren können, haben man nicht den Weg mit gefällten Bejonnetten. Nach Berichten bürgerlicher Blätter soll ein Mann versucht haben, einem Polizeioffizier seinen Pour le mérite abzureißen, auch das rechtfertigt noch nicht Säbelhiebe auf unschuldige Demonstranten. Nebenbei gesagt, ist es ein großer Taktfehler, Kriegsschmuck anzulegen, wo die Möglichkeit von Zusammenstößen mit dem Publikum auch nur entfernt gegeben ist. Viele Leute sehen darin einen Ausdruck von Standesdünkel und von kriegerischen Absichten, und dadurch wird ein Moment der Erregung geschaffen, das vermieden werden kann, wenn die betreffenden Herren dem Interesse der Ruhe und Ordnung ihre Eitelkeit zum Opfer bringen wollen.

Der bedauerliche Vorfall muß den vorgelegten Behörden ein Anlaß sein, den Zuständen in der Schutzpolizei ihre schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es gibt bei der Schutzpolizei, wir nehmen an weit überwiegend, ausgezeichnete Beamte, die ihren schweren Beruf mit Takt und echtem Pflichtgefühl versehen. Es gibt bei ihr aber auch ungeeignete Elemente, die sich von vornherein in einem feindlichen Gegensatz zur Bevölkerung fühlen, und von ihnen gilt das Wort, daß ein schlechtes Ei den ganzen Kuchen verdirbt. Die Vermeidung von Vorgängen, gleich dem gestrigen, liegt nicht nur im Interesse der Bevölkerung, sondern auch der Schutzpolizei selbst.

Abschließend kann man sagen: Uebertriebene Gerüchte haben sich als unwahr herausgestellt, der Schiedspruch ist genehmigt, der Hauptkonflikt ist damit beseitigt. Die Taktik des „Weitertreibens“ findet daher keinen Boden. Die Entledigung des Restes bleibt einer Untersuchung vorbehalten, auf der wir bestehen müssen, und deren Ziel sein muß, unverkennbare Mißstände zu beseitigen und den Schutz der Bevölkerung vor untauglichen Polizeiorganen zu sichern.

Die Gehe gegen Loewy.

„Ein Rechtssozialist für scharfes Vorgehen gegen die Demonstranten.“ Mit dieser Ueberschrift erzählt die „Freiheit“, im Rathaus habe unser Genosse Stadtratsordneter Loewy zu dem dort weilenden Polizeipräsidenten gesagt, „ob denn nicht die Straße geräumt werden könne, denn die Straßenbahn müsse doch verkehren“. Im Anschluß daran bemerkt das Blatt: „Dieser saubere Arbeitervertreter forderte also, mit anderen Worten ausgedrückt, ein Verjagen der Demonstranten und ein scharferes Vorgehen gegen diese. Dem Wunsch des Herrn Loewy wurde reich, sehr reich in furchtbare Weise Rechnung getragen.“ Gegenüber dieser demagogisch zurechtgemachten Wiedergabe einer gänzlich anders gemeinten und teilweise auch anders lautenden Äußerung stellen wir fest, daß Genosse Loewy nicht „Räumung“ der Straße gefordert, sondern gefragt hat, ob denn nicht dafür Sorge getroffen werden könne, daß die Straßenbahn fahren konnte. Die Frei-

haltung der Straßenbahngasse vor dem Rathaus bedeutet noch lange nicht „Räumung“ der Straße — und frecher Schwindel ist die Behauptung, daß ein „Verjagen“ der Demonstranten oder überhaupt ein „scharfes Vorgehen“ gegen sie der „Wunsch“ unseres Genossen Loewy gewesen sei.

Die „Rote Fahne“ erzählt auch über unseren Genossen Pattiok das Märchen, er habe den Polizeipräsidenten aufgefordert, doch „derartige Demonstrationen unnötig zu machen“. Hierzu erklärt uns Genosse Pattiok, das sei eine glatte Lüge; er habe mit dem Polizeipräsidenten überhaupt nicht gesprochen.

Versammlung der städtischen Funktionäre.

Die Funktionäre der städtischen Arbeiter versammelten sich heute vormittag, um das Referat der Vertreter des Lohnkartells über die Beschlüsse der Stadtratsordneterversammlung entgegenzunehmen. Die Versammlung war von Anfang an infolge der gestrigen Vorgänge außerordentlich unruhig und verzögerte sich in ihrem Beginn, da die Gewerkschaftsleiter heute morgen den Polizeipräsidenten, Genossen Richter, aufgesucht hatten, um mit ihm über die Vorfälle des gestrigen Tages Rücksprache zu nehmen. Die Besprechung bei dem Polizeipräsidenten, an der auch die beiden Vorsitzenden des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes teilnahmen, dauerte bis noch 11 Uhr. Unter den Funktionären machte sich eine starke Erregung über die gestrigen Vorgänge am Rathaus bemerkbar, und schon vor Beginn der Versammlung gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Delegierten der drei sozialistischen Parteien. Die Kommunisten und auch ein Teil der Unabhängigen hatten die Absicht, einen Antrag einzubringen, der darauf hinausläuft, vom Polizeipräsidenten Richter die sofortige Amtsentsetzung und Bestrafung der beiden Polizeioffiziere zu fordern, die den Befehl zur Räumung der Straße gegeben hatten. Falls dieses Verlangen nicht erfüllt werde, sollte die gesamte städtische Arbeiterschaft in einen Proteststreik treten. Die Erregung wurde noch gesteigert, als ein Funktionär der Gewerkschaft in Wilmberg in einer Aussprache erklärte, daß die Arbeiterschaft dort zwar im Betriebe sei, aber so lange nicht arbeiten werde, bis ausreichende Genugtuung für das Vorgehen der Schutzpolizei gegeben sei.

Eine zweite Deputation wurde zur Berliner Gewerkschaftskommission geschickt, deren Vertreter sich mit dieser Abordnung ebenfalls zum Polizeipräsidenten begaben. Die Versammlung der Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes wird erst nach der Berichterstattung ihrer Abordnung beschließen. Ueber das wahrscheinliche Ergebnis läßt sich augenblicklich noch nichts sagen.

Die Verletzten.

Wie mitgeteilt, soll sich die Zahl der bei den gestrigen Vorgängen Verletzten auf zehn Personen belaufen. Auch heute führten die Ermittlungen der Polizei zu keinem anderen Ergebnis. Nur zwei von ihnen hoben, soweit bis jetzt feststeht, Aufnahme in Krankenhäusern gefunden. Die uns die Pressestelle des Polizeipräsidenten mitteilt, hat im Krankenhaus Am Urban ein Ernst Hensch mit einer Stichverletzung am Gesäß Aufnahme gefunden, im Krankenhaus Moabit ein Bernhard Kockroth, der aber bereits wieder entlassen werden konnte. Die Meldung der „Roten Fahne“ über zwei Tote und 25 Schwerverletzte ist eine grobe Uebertreibung.

Die Untersuchung.

Im Berliner Polizeipräsidenten wird gegenwärtig eine Untersuchung darüber geführt, ob die leitenden Polizeioffiziere eine Schuld an den Zusammenstößen in der Königstraße trifft. Vertreter der Gewerkschaften haben den Polizeipräsidenten am Vormittag aufgesucht, um von ihm die Einleitung einer Untersuchung zu verlangen. Die Einkerkerer der gestrigen Demonstration, die Leiter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes haben dem Polizeipräsidenten heute nochmals eine ausführliche Darstellung der Vorgänge, denen sie von Anfang bis Ende beizuwohnen, gegeben. Im Anschluß daran hat Polizeipräsident Genosse Richter die polizeilichen Leiter der gestrigen Absperzung — wie die Korrespondenz Socha-czewski meldet — Major Barckow und Hauptmann Bernuth vernommen, die ebenfalls eine Darstellung des blutigen Zusammenstoßes gaben.

Der Grundsteuer-Ausschuß des Preussischen Landtages hielt am 2. Mai eine kurze Sitzung ab. Finanzminister Dr. v. Richter berichtete über die Zusammenkunft des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder. Mit Rücksicht auf diese Besprechungen vertagte sich der Ausschuß auf unbestimmte Zeit, um die Verabschiedung der Novelle zum Grundsteuergesetz abzuwarten.

Russisches Theater: „Jarewitsch Alexej“.

Drama von Nereschkowski.

Viele der russischen Dichter müssen heute anherhalb ihres Vaterlandes arbeiten. Dimitri Nereschkowski und seine Gattin Sinoida Hippus fühlen sich vollkommen als Opfer des Bolschewismus. Man darf das nicht vergessen, wenn der Bewunderer alles Westlichen „Jar Peter“, den die verschwenderischen Historiker den Großen taufen, vor dem Heiligbild niederkniet und die Bergweissungsworte heroorstammelt: „Strafe mich, Herr, begnadige, begnadige, begnadige Rußland!“

Mit dieser bittenden Explosion endet das Drama vom Jarewitsch Alexej. Dieser schwache, aber überschwänglich empfindsame Jüngling ist Träger des altrussischen Gedankens, der nicht einmal Freude an den Admiralspielerien, den tapferen deutschen Ketzern und all den westlichen Reformen aufbringen konnte, die der große Peter gern in das Buch seines Ruhmes einschrieb.

Das ist der soziale und geschichtliche Hintergrund dieser Russentragödie. Daneben läuft ein Anekdoten- und Intrigenstück. Jar Peter hat die Angewohnheit, im Gedanken zwar jeder Aufklärung zu huldigen, aber als Privatmann kniet, foltert, löpft oder hängt er die Menschen, die ihm nicht gefallen. Schwer ringt er um den Gehorsam des Sohnes Alexej, der ein beträchtliches Weichheit ist und nicht aus dem Schoß seiner hübschen Kebsweibchen kann. Dieses Spiel zwischen Vater und Sohn verläuft nun ziemlich opernhast. Auf Standal, Folter, Schrecken, Wessalinschliche und ähnliche Reportageeffekten läuft alles hinaus. Die Begebnisse, mögen sie auch wahr sein, werden einander gereiht, nicht gedichtet.

Die Dinge des Genies wiederholen sich nicht, und so tun wir unrecht, verzagt zu sein, weil nicht jeder russische Schauspieler seinen Atem von Stanislawski empfing. Immerhin ist der Jar Peter des Herrn Muratow eine stark auffallende Leistung. Herr Terchow hing sehr an der Rolle des Alexej, aber die Rolle war mehr sein Behag als sein Leben. Im Physischen des Lustreusens und Wackerns und im Heranziehen der Järlichkeit und im Ergreifen der weichen Momente wird dieser Schauspieler trotzdem von einer angenehmen Lieblichkeit unterfüßt. Alle übrigen Künstler waren Theater, zusammengeschnitten von die und da, wie es heute das Schicksal der russischen Komödianten ist.

Die Bühne, ausgemalt von Alexander Benois und Sergei Antonoff, sah malerisch genug aus, war jedoch ohne jene besondere Atmosphäre, in die Stanislawski hineinreißt.

Max Huchdorf.

Jchischkerins Fraß. Die Russen haben der Welt manche Möglichkeiten der Einwanderehebung gegen ihre Prinzipien geliefert. Sie haben Rußland wirtschaftlich ruiniert. Selbst vom Standpunkt ihrer Gedankengänge aus betrachtet, ist die Inkonsequenz zu be-

mängeln, die in der Erteilung von Konzessionen an ausländische und inländische Kapitalisten beruht.

Indessen: Hungersnot, Wirtschaftsrutin und Konzessionen kommen nicht an die neueste Waffe heran, die sie einem Teil ihrer Widersacher in die Hand gespielt haben.

Jchischkerin ist auf der Genueser Konferenz im Fraß erschienen. Das sei bezeichnend. Da sähe man es ja! So, so! Also im Fraß, der Herr Jchischkerin! Ja, diese schweißigen Bolschewisten! Na, die Sozialisten überhaupt!

Jchischkerins Fraß wird zum Beweis der Unhaltbarkeit der marxistischen Lehre. Wehrwerttheorie, historische Geschichtsauffassung: schon gut! Was kann damit sein, wenn Jchischkerin im Fraß erscheint! Klassenkampf, Internationalismus: alles die Ausrede, alles der Vorwand für Jchischkerins Fraß. Jchischkerin wollte einmal im Fraß erscheinen, deshalb mußte der Jar vom Thron. Aber die vom Regulus und die vom Stammtisch haben Sie durchschaut, Herr Jchischkerin!

Da dachten Sie, das mit der Hungersnot und den anderen Misere Ihres Regimes vertuschen zu können. Ja, aber nun hat Herr Käseber bei uns den Braten gerochen. Nun hat dieser Mann aus der scheinbaren Belanglosigkeit der Aufgabe Ihres Fraßes Ihr Wesen begriffen. Nicht ungefragt schändet ein Bolschewist unserer Käseberer Heiligstes: die Gesellschaftsleiter.

Jchischkerin und seine Hintermänner, dazu Marx und Engels und darüber hinaus die Proletarier aller Länder sind schonungslos entlarvt, seit Herr Jchischkerin den Fraß getragen hat.

Die Genueser Konferenz hat damit ihren Hauptzweck erfüllt.

h. h.

Trianon-Theater „Moral“. Ludwig Thoma hat hiedsicherere Sattieren hinterlassen als diese Pötte „Moral“, die gern als Komödie gelten möchte. Da, wo im Strich des Karikaturzeichners das menschliche Urbild nicht mehr sichtbar ist, verliert die Satire ihren Sinn. Dies ist vielleicht die schwerste Kunst des Komödiendichters, immer wieder die Vorgänge als menschlich möglich erscheinen zu lassen. Thoma hat sie in der „Postbahn“ viel besser bewahrt als in dieser „Moral“, die durch die Figur des Rentiers Beermann zur Pötte wird. Immerhin sei dem Trianon-Theater gedankt, daß es in den großen Reigen der französischen Schwänke diese deutsche Pötte wirft. Es sind noch genug Ergötlichkeiten darinnen, die über das Pöttendiveau hinausragen, und mancher hieb des Bajwaren sitzt prächtig genug. Das Ensemble, das Georg Altmanns Regie folgt, die manchen hübschen menschlichen Einfall hat, hieds kräftig drauflos. Man hatte anheimelnd nicht die Absicht, das Pöttendiveau zu dämpfen. Juntermann jedenfalls, der Rentier, Reichslandsabgeordnete in spe und Präsident des Stillschleppvereins, spielte von vornherein auf die werbte Schwantweise los. Ebenso Jankelstein, der das Unglücksdämonium von Kessler zu einer seiner bekanntesten lustigen Typen formte. Alle anderen Rollen hängen in der Luft und sind nur leicht in die Vorgänge hineinverwebt. Trotz der Langsamkeit der meisten Szenen amüsierte sich das Publikum mit jener Freude, die man hat, wenn man über einen Satz nachher lachen zu können glaubt, und gab reichlichen Beifall.

D. E. S.

Strafrecht und Verfassung.

Die Notreform des Strafgesetzbuchs.

Der Entwurf eines „Gesetzes zur Anpassung des Strafgesetzbuchs an das Verfassungsrecht“ ist dem Reichstag soeben zugegangen. Der Entwurf schlägt die Aenderung einer Anzahl von Paragraphen des geltenden Strafgesetzbuchs vor. Zum großen Teile sind die Aenderungen selbstverständliche Konsequenzen des Uebergehanges von der Monarchie zur Republik. Soweit sie nicht überhaupt rein formaler Natur sind, nennen wir als die wichtigsten in dieser Gruppe: die Streichung der Abschnitte 2 und 3 im zweiten Teil (Befeldigung des Landesherrn und Befeldigung der Bundesfürsten), ferner die Streichung des § 80 (Mord und Mordversuch gegen den Kaiser, Landesherrn oder einen Bundesfürsten). Im Hochvertragsparagrafen (§ 81) wird der erste Absatz dahin geändert, daß an die Stelle des Unternehmens, einen Bundesfürsten zu töten, gefangen zu nehmen, in Feindesgewalt zu liefern oder zur Regierung unfähig zu machen, das Unternehmen tritt.

„den Reichspräsidenten seiner verfassungsmäßigen Gewalt zu berauben oder durch Gewalt oder Drohung mit einer strafbaren Handlung an einer Regierungshandlung zu hindern oder zu einer Regierungshandlung zu nötigen“.

Der strafrechtliche Schutz der Parlamente gegen Sprengung usw. (§ 105) wird durch den Entwurf auch ausgedehnt auf den Reichsrat, den Reichswirtschaftsrat und die Staatsräte der Länder. Die strafrechtliche Sicherung des Wahrechtes und die Bestrafung des Stimmkaufes (§§ 107 bis 109) werden auch auf Abstimmungen ausgedehnt, die zur Feststellung des Willens der Bevölkerung auf Grund der Verfassung stattfinden.

Neues Recht dagegen will der neu einzuführende § 111a schaffen, der nach der Vorlage der Reichsregierung folgenden Wortlaut haben soll:

„Wer die verfassungsmäßige Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 50 000 M. sowie auf Verlust der belleideten öffentlichen Aemter erkannt werden.“

Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Person des Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder anreizt.

Die Vorlage des Reichsrats will den ersten Satz des § 111a — unter Fortlassung der Reichs- und Landesfarben — folgendermaßen redigieren:

„Wer die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reiches oder eines deutschen Landes öffentlich beschimpft, wird usw. ufw.“

Dafür schlägt der Reichsrat für § 135 folgende Fassung vor:

„Wer an einem öffentlichen Orte eine Fahne in den Farben des Reiches oder eines deutschen Landes, oder wer ein öffentliches Hoheitszeichen eines Reiches oder eines deutschen Landes böswillig wegnimmt, zerstört oder beschädigt oder beschimpfenden Unfug daran verübt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Uns erscheint die ursprüngliche Fassung der Reichsregierung insofern glücklicher, als sie die Reichsfarben nicht vor tätlicher, sondern auch vor wörtlicher Beschimpfung schützt.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der § 112 (Verteilung eines Soldaten zum Ungehorsam) auch auf die Verteilung von Polizeibeamten zum Ungehorsam ausgedehnt wird.

Neuregelung der Beamtengehälter.

Die von der Reichsregierung am Montag begonnenen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Beamtengehälter wurden gestern Abend beendet. In den beiderseitigen Auffassungen wurde eine völlige Uebereinstimmung nicht erreicht. Im Laufe der Verhandlungen näherten sich die Vorschläge so weit, daß zwischen dem Angebot der Regierung und den Forderungen der Organisationen nur noch ein Unterschied von 1000 M. für das Jahr und jeden Beamten aller Befoldungsstufen vorhanden war. Das letzte Angebot der Regierung ging dahin, den allgemeinen Teuerungszuschlag von 30 Proz. auf 65 Proz. und den bestehenden Sonderteuerungszuschlag von 3000 auf 5500 M. zu erhöhen, während die Organisationen den letzten Betrag auf 6500 M. erhöht wissen wollten. Die Zugeständnisse der Regierung hätten einen jährlichen Mehraufwand von 46 Milliarden Mark be-

Wes ist Diplomatie? Im Anblick der zu Genua versammelten Größen der internationalen Diplomatie sind einem dort weilenden italienischen Journalisten allerlei Erkenntnisse aufgegangen, die er seinem Blatte mitteilt. Diplomatie, so lautet seine Definitionen, ist die Kunst, einige Dinge zu wissen und niemals etwas davon zu sagen, damit der andere glaube, man wisse noch mehr. Sie ist die Fähigkeit, so lange um die Sache herumzureden, bis der andere darauf herabzinkt und von der Sache selbst zu sprechen anfängt. Die Gabe, Schweigen zu können, auch wenn man nichts weiß (eine sehr seltene Gabe). Es ist die Kunst, Vorteile zu erzielen (nämlich, wenn die Sache gut geht) und den Eindruck zu erwecken, man habe Zugeständnisse gemacht. Oder (wenn die Sache schief geht) das eigene Land glauben zu machen, daß man Vorteile erzielt habe, während man Zugeständnisse gemacht hat. Diplomatie ist eine sehr schwere Kunst; deshalb ist es so außerordentlich leicht, die Diplomaten anzugreifen. Sie erfordert Leute mit viel Verstand, und es muß hinzugefügt werden, daß solche Leute tatsächlich bisweilen auch unter den Diplomaten vorkommen.

Renntierfarmen. Der Plan des Polarforschers Bihlsmur Stefansson, den Polarkreis mit Renntieren durch die Errichtung zahlreicher Farmen zu bevölkern, hat jetzt den ersten Schritt zu seiner Verwirklichung gemacht. Die erste Renntierherde aus Norwegen wurde glücklich auf der Baffininsel gelandet. Die Baffininsel ist ein breites Gebiet der Arktis, die nördlich von der Hudsonstraße liegt. Stefansson hatte bei seinen Fahrten beobachtet, daß die baumlosen Ebenen dieses Landes dicht mit Moosen und Flechten bedeckt sind. Da diese Pflanzen nun die natürliche Nahrung des europäischen Renntiers sind, so meinte er, daß man diese günstigen Bedingungen von Baffinland für die Renntierzucht ausnützen könne. Es wurde eine Hudsonbay-Renntiergesellschaft gegründet, die die Organisation in Angriff nahm. Die ersten 550 Tiere, die in der Amadjuakbay der Baffininsel ausgeschifft wurden, sind von mehreren Lappländerfamilien begleitet, die in der Pflege und Zucht der Renntiere erfahren sind. Besingt es, die Renntiere in großen Mengen im Polarkreis anzusiedeln, so würde dadurch ein wichtiger neuer Handelszweig geschaffen werden, denn die Tiere liefern ein vorzügliches Fleisch; ihre Felle sind sehr begehrt und sie liefern auch reiche Milchvorräte.

Die Kriegsgeschichte des Reichsarchivs. Das Reichsarchiv in Potsdam schreibt eine Geschichte des großen Krieges. Der erste, die Vorgeschichte behandelnde Band wird in diesem Jahre erscheinen, die nächsten Bände über den Vormarsch bis zur Marne und die Schlachten in Dünkirchen werden bald folgen.

Das medizinische Berlin. nennt sich ein soeben im Verlage von S. Karger, Berlin, erscheinendes Büchlein, das von Dr. G. Ramold herausgegeben ist. Es überschlägt sich über alle medizinischen Einrichtungen in Berlin, über die Krankenhäuser, Heilanstalten und sonstigen ärztlichen Einrichtungen in nicht nur für den Arzt, sondern auch für die Krankenanstalten, Arbeiterorganisationen, Volkshilfsvereinigungen usw. notwendig. Der Führer zeigt auch, was auf medizinischem und sozialhygienischem Gebiete in Berlin geleistet wird.

Die Eröffnung der großen Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof erfolgt am 20. Mai 1922, 11 Uhr vormittags. Der Vergnügungspark wird erst 2 Wochen später eröffnet.

fragen, nachdem erst am 1. April für den gleichen Zweck 50 Milliarden Mark bewilligt worden sind. Die Regierung glaubte damit den gegenwärtigen Teuerungsvhältnissen in erforderlichem Umfang Rechnung getragen zu haben. Weiter glaubte die Regierung bei der schwierigen Finanzlage und den sonst zu überdenklichen Rückstellungen nicht geben zu können. Welche Wirkungen das Angebot der Regierung auf das Gehalt des einzelnen Beamten gehabt hätte, ist daraus zu sehen, daß sich beispielsweise die Gehaltsbezüge eines Postbeamten in der 3. Gehaltsstufe etwa im Alter von 32 Jahren in Berlin um folgende Beträge erhöht hätten: Als Lediger von 23 525 auf 43 160 M., also um 9640 M., als Verheirateter mit zwei Kindern (durchschnittliche Kinderzahl) von 43 820 auf 55 560 M., also um 11 740 M. Gemessen an diesem Gesamteinkommen bedeutet der von den Organisationen geforderte Mehrbetrag von jährlich 1000 M. für den einzelnen Beamten eine verhältnismäßig geringe Summe, während die finanzielle Auswirkung mit über vier Milliarden Mark angesichts der gegenwärtigen Lage des Reiches unerträgliche Folgeerscheinungen auslösen könnte. Die Regierung, die die Notlage der Beamten in vollem Maße anerkannt hat, wird mit größter Beschleunigung die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Entscheidung der zuständigen gesetzgebenden Faktoren herbeizuführen. Das Reichskabinett wird sich zu diesem Zwecke schon heute mit der Angelegenheit befassen.

Am Dienstag wurden die in der Nacht zuvor abgebrochenen Besprechungen fortgesetzt. Ministerialdirektor v. Schlieben erklärte, daß er dem Reichsfinanzminister Vorträge gehalten habe und daß auch der Minister der Ansicht sei, daß die Vorschläge der Gewerkschaften sich nicht in die Wirklichkeit umsetzen lassen. Die Regierung wüßte jedoch ebenfalls eine Einigung mit den Organisationen und sei daher bereit, ihr Angebot dahin zu erweitern, daß für den Beamten in der Besoldungsgruppe III, der bei allen Gehaltsberechnungen als Richtmaß für die Einkommenshöhe nach oben und unten gilt, eine Zulage in Höhe von 10 000 M. bewilligt werden, wenn er verheiratet sei und ein Kind habe. Die Regierung sei bereit, den allgemeinen prozentualen Teuerungszuschlag auf 35 Proz. und den Kopfschlag auf 20 Proz. zu erhöhen. Sie knüpfte an diese Zugeständnisse jedoch die Bedingung, daß sie ohne Ausnahme von allen Gewerkschaften angenommen wird. In langwierigen Verhandlungen erklärte der Vertreter der Regierung schließlich, daß der Kopfschlag für die Beamten auf 25 Proz. erhöht werden solle. Damit sei jedoch die Grenze dessen erreicht, was der Reichsfinanzminister vertreten zu können ansehe, da allein die Erhöhung des Kopfschlages von 20 auf 25 Proz. 3 1/2 Milliarden Mark erfordere. Ueber diese Höhe könne die Regierung nicht hinausgehen. In diese Verhandlungen, die in der kleinen Verhandlungskommission geführt worden waren, schlossen sich dann Beratungen in der großen Kommission, an der auch die Vertreter des Dreimündwanziger-Ausschusses usw. beteiligt waren.

Um 8 Uhr abends wurde die Sitzung wieder eröffnet, und nunmehr erklärte als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Scheffel, daß der ADGB die Zugeständnisse der Regierung, obwohl sie größer seien als je zuvor, nicht annehmen könne, sondern auf seinen Forderungen beharren müsse. Eine gleiche Erklärung gab der Delegierte des IFA-Bundes ab. Beide sprachen die Hoffnung aus, daß die Regierung nicht ihr letztes Wort gesprochen habe, sondern noch einmal mit den Gewerkschaften verhandeln werde.

Die Regierungsvertreter sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß nunmehr die Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden müßten. Die Regierung werde eine Vorlage ausarbeiten, die dem Reichstag in kürzester Zeit zugehen soll. Immerhin trete jetzt eine Verzögerung in der Erledigung der Teuerungssaktion ein, da es zunächst nicht möglich sei, Vorschläge zu leisten. Die Regierung sei bei ihren Vorschlägen bis an die Grenze des Möglichen gegangen, da das von ihr gemachte Angebot in seiner Auswirkung 46 Milliarden Mark erfordere. Die Gewerkschaften sollten nicht vergessen, daß erst vier Wochen vorher das Parlament 56 Milliarden für die Beamtengehälter, für die Angestellten und Arbeiter bewilligt habe, daß also in einem Zeitraum von fünf Wochen über 100 Milliarden Mark zugestanden worden seien. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Der Finanzausgleich.

Halbamtlich verkauften B.Z.: Die auf Einladung und unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen am 28. und 29. April in Würzburg stattgehabte Konferenz der Finanz- und Innenminister aller deutschen Länder hat einen allseitig befriedigenden Verlauf genommen und zu Ergebnissen geführt, die den berechtigten Wünschen der Länder und Gemeinden insofern Rechnung tragen, als die Finanzlage des Reichs es irgend gestattet. Ohne die Notwendigkeit sparsamer Wirtschaftsführung zu verkennen, ist die Versammlung bemüht gewesen, den Finanzausgleich mit dem Reich in einer Weise auszugestalten, die der Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden in höherem Maße Rechnung trägt, als das nach den geltenden Vorschriften des Bundessteuergesetzes der Fall ist.

Dabei ist auch der dringende Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, daß in Zukunft reichsrechtliche Maßnahmen verniedert werden, die den Aufgabenkreis der Länder und Gemeinden erweitern, ohne gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge zu tragen. Die außerordentlichen Vor- und Zuschüsse des Reichs aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter sollen in feste Zuschüsse umgewandelt werden, deren Bemessung den Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden aus dem Ertrage der Einkommensteuer infolge der Besoldungserhöhung Rechnung tragen und gleichzeitig einen Anreiz zu Ersparnissen auf dem Gebiet der Beamtenbesoldung geben soll. Zu den Beschlüssen der Konferenz werden nunmehr noch die verfassungsmäßig berufenen Stellen des Reichs und der Länder Stellung zu nehmen haben.

Der Stand der Reichsfinanzverwaltung.

Im Hauptausschuß des Reichstages gab heute bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums Dr. Hermes eine ausführliche Darstellung des Standes der Reichsfinanzverwaltung. Er wies darauf hin, daß die Reichsfinanzverwaltung auf Grund der Beschlüsse der Nationalversammlung in Weimar seit dem 1. Oktober 1919, also seit 2 1/2 Jahren, bestche. Bei der Neuorganisation waren große Schwierigkeiten zu bewältigen, da in einem großen Teile Deutschlands selbständige Finanzbehörden überhaupt fehlten. Es galt, diese neu einzurichten und ihnen trotz der großen Wohnungs- und Raumnot die nötigen Räume zu beschaffen. Eine Vermehrung des Beamtenstandes mußte außerdem vorgenommen werden. Diese neu auf gebauten Behörden mußten ohne wesentliche Ausbildungszeit und noch mit geforderten Verbänden unmittelbar in das Feuer der ununterbrochen aufeinanderfolgenden Steuererhöhungen geführt werden. Sie müßten sich in kürzester Frist die Kenntnisse der neuen Steuererhöhungen aneignen und die nötige Aufnahmefähigkeit und Umstellungsfähigkeit zeigen, um die gewonnenen Kenntnisse über ein Steuererhöhungs Gesetz oft in aller kürzester Frist zu revidieren und sich in Novellen und Abänderungsgesetze einzuarbeiten. Die Krise der Uebergangszeit scheint überwunden zu sein und wir sind auf dem Wege, die einzige große Hoheitsverwaltung des Reichs in einen Zustand zu setzen, der das Reichsansehen stärken wird. Was die Außenbehörden der Finanzverwaltung anbetrifft, so kann der Ausbau der Landesfinanzämter im wesentlichen als vollendet bezeichnet werden.

Deutschland und die Schweiz. In Bern sind die Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag ausgetauscht worden.

Judenfrage und Militarismus.

„Schämen Sie sich nicht, schämen Sie sich nicht, Sie wollen ein Deutscher sein?“, so lang es einem am Dienstag abend vorm Herrenhaus entgegen, und wütend schreiende Burlesken packten einen am Arm. Zuerst dachte man, diese fragwürdigen Gestalten hätten es auf die Garderobe abgesehen, sie wollten Mäntel oder Utensilien rauben, schließlich kam man aber dahinter, daß diese Raulgewaltigen Antisemiten waren.

Im Herrenhaus wurde nämlich „wissenschaftlich“ die Judenfrage erörtert, was die völkischen Jünglinge derart in Harnisch gebracht hatte, daß sie sich zur Anrempelung der Eintretenden geradezu verpflichtet fühlten. Die Versammlung, die vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dessen Ortsgruppe Vaterländischer Bund jüdischer Frontsoldaten Berlin einberufen war, wies einen sehr guten Besuch auf. Der Vorsitzende Dr. Löwenstein wies darauf hin, daß man durch eifrige Arbeit, gegenseitiges Verstehen, Milderung der schweren Gegensätze und den so dringend nötigen inneren Frieden unseres Vaterlandes erreichen wolle. Als Referent sprach sodann Oberleutnant v. Albert-Gotha, der, einer alten Offiziersfamilie entstammend, zuerst ein Loblied auf den Hohenzollernstaat sang, der aufgebaut war auf den Schwächen und Tugenden der Deutschen. Den Hohenzollern rühmte er nach: einen „klaren politischen Verstand“, kriegerische Tüchtigkeit, Sparsamkeit, Gerechtigkeit und Menschenkenntnis. Die verpackten Reformen waren für den Redner natürlich nur Kleinigkeiten. Im Heere war, nach seiner Ansicht, kein Raum für Judenhaß und Antisemitismus. Dann kam Neupreußen unter Wilhelm II., der die „besten Motive“ hatte, aber „Mangel an Menschenkenntnis“. Da der Redner das Handbuch für Heer und Flotte bearbeitete, wies er natürlich auf Grund jahrelanger Studiums, daß in vielen Stammbäumen jüdisches Blut ist. Unter den deutschen Heerführern war mancher jüdischer Abkunft. Einer der Größten ist der Nachkomme eines Fürsten und einer Jüdin. Die Mutter eines Generals ist jüdischer Abstammung, was natürlich nicht ausschließt, daß diese Leute mit jüdischem Blut in den Adern oft selbst Antisemiten sind. Der frühere Führer der Konservativen war ein Jude, und das Grundstück, auf dem das Herrenhaus steht, ist das Geschenk von Ernst Wendelssohn-Bartholdy, eines Mannes jüdischer Abkunft. Das Karrefest hielt Dr. Siegfried Uriaas-Hamburg, der namentlich als deutscher Frontsoldat vom jüdischen Stamm sprach. Er wandte sich gegen die Heße, die nicht so sehr den Juden, als den Deutschen in dem Juden tröfe. Der Redner sprach von den vielen Fällen, die den deutschen Juden mit dem deutschen Volkstum verknüpften. Mehr als 12 000 Juden (Deutschland hatte bei 65 Millionen Einwohnern 600 000 Juden) starben den Tod fürs Vaterland. Durch den Antisemitismus wird das Deutschtum geschädigt und beschimpft. Der Redner forderte sodann zu gemeinsamer Arbeit auf. Man kann nicht recht verstehen, warum dieser Kreis der deutschen Juden nach den schlechten Erfahrungen, die er mit den christlich-militaristischen Gesinnungsbrüdern gemacht hat, einen solchen Ehrgeiz darin setzt, als Aushänger des Militarismus zu gelten.

Süfsorge für Gemeindeschulkinder.

Erholung auf den Augenspielflächen.

Bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Pflanzstellen in den ländlichen Bezirken und den überaus hohen Beförderungskosten ist es, wie bereits im vorigen Jahre, den städtischen Behörden leider nicht möglich, allen bedürftigen Kindern den ihnen so dringend notwendigen Landausflug zu gewähren.

Den Zurückbleibenden soll deshalb auch in diesem Jahre ein Erholungsaufenthalt auf den städtischen Augenspielflächen ermöglicht werden. Es kommen dafür die Plätze Grunewald, Buch, Buhlheide, Tegel, Wartenberg, Königsheide, Blankenfelde I, Blankenfelde II, Hohenschönhausen, Pferdebucht, Plänterwald in Frage. Die Einrichtung wird in der Weise getroffen werden, daß eine Gruppe von 20 000 Kindern vier Wochen vor den Sommerferien unter zuverlässiger Aufsicht werktäglich von morgens bis abends auf den Spielflächen untergebracht und versorgt wird. Es kommt demnach die Zeit vom 12. Juni bis 8. Juli in Betracht. Den Kindern werden auf den Spielflächen täglich zwei Kurz-Unterrichtsstunden erteilt. Der Unterricht ist für alle Besucher des Erholungsaufenthaltes planmäßig und verbindlich. Für die Ernährung sind genügende Vorräte bereitgestellt. Die Kinder erhalten in der köstlichen Weiße Morgenkaffee mit Milch, Mittagessen und nachmittags Kaffee mit Milch und Gebäck. Die Eltern unterernährter und schwächlicher Gemeindeschulkinder werden aufgefordert, diese bald bei den Direktoren ihrer Schule anzumelden, damit die Unternehmung durch den Schularzt veranlaßt werden kann. Auf Grund des ärztlichen Besundes entscheidet dann über die Zulassung des Kindes zum Erholungsaufenthalt die Schule. Die Teilnehmer am Erholungsaufenthalt haben am Montag jeder Woche einen Wochenbeitrag von 15 M., die zweiten Kinder der gleichen Familie 12 M.; wenn die Spielfläche von den Teilnehmern im Fußmarsch erreicht werden können, haben die ersten Kinder 10,50 M. und die zweiten Kinder einer Familie 6 M. zu entrichten. Die dritten und weiteren Kinder derselben Familie sind frei. Die Beträge werden durch die Leiter und Leiterinnen der einzelnen Abteilungen vor dem Abmarsch auf den Sammelstellen eingezogen. Die Sammelstellen, auf denen sich die Kinder morgens einzufinden haben, werden später durch die Zeitungen, die Schule und auf den Teilnehmerkarten, die den Kindern ausgeteilt werden, bekanntgemacht. Die ärztliche Untersuchung der Kinder für den Erholungsaufenthalt soll bis zum 20. Mai beendet sein.

Briefe deutscher Gemeinheit!

Unter dieser Ueberschrift war vor einigen Tagen im „Vorwärts“ das Verhalten der „Deutschen Zeitung“ gekennzeichnet, die u. a. die Entente darauf aufmerksam gemacht hat, daß das Bezirksamt Mitte auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge 450 000 M. für Autofahrten verbraucht habe. Das letztere ist auch von anderen bürgerlichen Zeitungen behauptet worden.

Wie steht es nun aber mit den 450 000 M. in Wirklichkeit? Eine solche Summe hat nie und nimmer für einen derartigen Zweck dem Bezirksamt Mitte für 1921 zur Verfügung gestanden. Wohl aber waren im Kapitel „Erwerbslosenfürsorge“ für 1921, gemeinsam für die Bezirke 1-6 und für die Zentralverwaltung, 400 000 M. für Jahrgelder der Beamten und Hilfskräfte der Erwerbslosenfürsorge vorgegeben und 50 000 M. an Kosten für die Automobilstellung an den Magistratskommissar, die höheren Beamten, Bureauvorsteher und für Geldtransporte. Als das Bezirksamt Mitte am 1. November des Vorjahres die Gehälter der Erwerbslosenfürsorge übernahm, wurden ihm im ganzen 5000 M. für Jahrgelder der Beamten und Angestellten mit überwiesen. Von diesen 5000 M. hatte die Zentrale bis zur endgültigen Abwicklung der dienstlich verzwickten Abrechnung weitere 3147,60 M. bis Ende Dezember verbraucht, so daß dem Bezirksamt vom 1. Januar 1922 ab bis Ende März 1852,40 M. für den genannten Zweck zur Verfügung standen. Da diese Summe nicht ausreichte, um ca. 26 Prüfern die Auslagen für die Benutzung der Straßenbahn zurückzuerstatten, machte das Bezirksamt der Versammlung eine Vorlage um Nachbewilligung von 4000 M. Wie man von diesen 1852,40 auf 450 000 M. für Autofahrten des Bezirksamtes kommen konnte, bleibt für den gewöhnlichen Sterblichen unverständlich. Seit dem 21. März 1921 — dem Tage der Einführung der Bezirksamtsmitglieder — bis zum heutigen Tage, ist kein roter Heller für Autofahrten

weder für Bezirksamtsmitglieder noch für Beamte und Angestellte verausgabt worden. Ein Versuch des bürgerlichen Bezirksverordneten Bergmann, eine größere Summe für Autofahrten zu liquidieren, ist mit aller Deutlichkeit seitens des Bezirksamtes und der linken Seite der Bezirksversammlung zurückgewiesen worden.

Die Erwerbslosenfürsorge ist der bürgerlichen Mehrheit der Bezirksversammlung überhaupt ein Dorn im Auge, und diese Abneigung richtet sich auch gegen die Beamten und Angestellten, so daß der Dezerent, Genosse Stadtrat Kühne vom Bezirksamt, diese wiederholt gegen Angriffe von bürgerlicher Seite in Schutz nehmen mußte, wobei er von der Linken, namentlich dem Genossen Kiese energisch unterstützt wurde.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Am 24. April fand eine Versammlung des Genossenschaftsrates der Konjunktionsgenossenschaft Berlin und Umgebung statt, in der der Geschäftsführer Schreiber über die erste Hälfte des 23. Geschäftsjahres berichtete. Hervorzuheben aus seinen Darlegungen ist, daß die Monate Juli-Dezember 1921 einen Umsatz von 178 582 000 Mark ergaben; dies bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Mehr von 57 684 000 Mark. Die Brutproduktion steigerte sich von 23 704 000 Mark auf 32 425 000 Mark. Nehmlich günstig ist das Bild der Mitgliederbewegung. Besonders die Monate Januar bis März 1922 brachten allmonatlich Tausende von Neuaufnahmen. Als ein Mangel ist die ungenügende Höhe des Eigenkapitals der Genossenschaft zu bezeichnen; die nächste Generalversammlung wird sich deshalb mit der Erhöhung des Eigenkapitals auf mindestens 600 Mark beschäftigen (jeweils beträgt es 150 Mark). — Die Delegationswahlen zu den Verbandstagen zeigten wieder einmal trauriges Zusammengehen der Unabhängigen mit den Kommunisten. Bei vollständiger Teilnahme der der SPD angehörenden Genossenschaftsratsmitglieder wäre wohl dieser Koalition eine Niederlage beschieden gewesen, denn die Mehrheit der Verbrüdereten war nicht erheblich. Unter Punkt „Anträge“ wurde beschloffen, das Eintrittsgeld von 2 Mark auf 5 Mark zu erhöhen. Ein kommunistischer Antrag, der „Roten Hilfe“ 20 000 Mark zu überweisen, verfiel der Ablehnung, ebenso ein weiterer kommunistischer Vorschlag, der begünstigte, den Mitgliedern vorzuschreiben, daß sie in den Genossenschaftsrat nur „politisch“ Organisierte wählen dürften.

Tagung des Verbandes der Preussischen Landkreise.

Der Verband der Preussischen Landkreise hielt am 27. und 28. April d. J. seine diesjährige Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden, Landrat v. Khenbach, im Charlottenburger Rathaus ab. Die Sitzung am 27. April beschäftigte sich mit geschäftlichen Angelegenheiten, wie Annahme des neuen Jahrgangsentwurfs, Entlastung der Jahresrechnung für 1921, Festsetzung des Haushalts für 1922 sowie mit den auf Grund der neuen Satzung vorzunehmenden Wahlen. Zum Verbandsvorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende, der frühere Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer (Lieser) und zu seinem Stellvertreter der Landrat des Kreises Teltow, v. Khenbach, wiedergewählt. Der letztere hielt nach Schluß der geschäftlichen Angelegenheiten einen Vortrag über „Die wirtschaftlichen Anlagen des Kreises Teltow, gleichzeitig als Vorbereitungen für die am nächsten Tage geplante Besichtigung des Teltower Lagerhauses, Gaswerks und Teltowkanals. Die Sitzung am 28. April wurde ebenfalls durch Landrat v. Khenbach in Vertretung des erkrankten Freiherrn v. Schorlemer geleitet. Er begrüßte die erschienenen Vertreter der preussischen Staatsbehörden, der außerpreussischen Landkreiseverbände, des preussischen Städtetages, des Reichsstadteubundes, der Landgemeindevverbände, der Provinzen, sowie unter besonderem Beifall die Vertreter der Kreise des Freistaats Danzig. Der sich nunmehr anschließende Vortrag betraf den neuen Entwurf der Landgemeindevordnung unter Mitberücksichtigung des Städteordnungsentwurfs; Berichterstatter war Landrat Geh. Reg.-Rat Wiedenfeld (Wilm). Der zweite Vortrag von Landrat Dr. Schoene (Essen) behandelte die Neuordnung des Eingemeindungsrechts. Am Nachmittag des 20. April beschäftigten etwa 100 Teilnehmer im Kreise Teltow das Lagerhaus Tempelhof, das Gaswerk (frühere englische Gasanstalt) sowie den Teltowkanal. Eine Dampferfahrt auf dem Teltowkanal führte die Teilnehmer bis Wannsee.

Die Städtewerordnetenbeschlüsse über Schiedsgericht und Deckungsvorlagen ergaben, wie wir in der heutigen Morgenausgabe mitteilen, die Annahme. Für die Deckungsvorlage war eine Mehrheit dadurch ermöglicht worden, daß der Magistrat sein Verlangen einer neuen Erhöhung des Straßenbahnzinses einstweilen aufgeben und auch die Kohlenkaufes des Gastarits etwas geändert hatte. Beschlossen wurde, die Geltungsdauer der Kohlenkaufes auf ein Jahr zu begrenzen. Ein Antrag auf Gaspreisvergünstigung für Unbemittelte wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen; über ein auf die Reorganisation der Werke bezüglichen Ersuchen an den Magistrat wird der zuständige Ausschuß beraten. Zugestimmt wurde, wie schon in der vorhergehenden Sitzung, dem Verlangen paritätischer Beteiligung der Städtewerordnetenversammlung bei Verhandlungen des Magistrats über Tarifierhöhung, Ranteltarif und Mitbestimmungsrecht.

Die Einbürgerung unseres verunglückten Mitarbeiters Will Wagh erfolgt am Freitag um 6 Uhr im Krematorium Baumfäulenweg, Kiebsholzstraße.

Der Kommentar zum Reichsmietengesetz. Nach einer uns von der Buchhandlung Vorwärts zugegangenen Berichtigung beträgt der Preis des in der heutigen Morgenausgabe besprochenen Kommentars zum Reichsmietengesetz von Hans Krüger nicht 10 M., sondern 20 M. für das brochierte Exemplar.

Siedlung Heerstraße. Zu unserer Notiz in der heutigen Morgenausgabe bemerken wir noch, daß auch folgende Straßen von uns durch Seitenfrau bedient werden können: Löhner-Allee, Reidenburg-Allee, Soldau-Platz, Lannenberg-Allee, Syd-Allee, Heerstraße und Kaiserdam von Nummer 67 ab.

Das Akademische Wohnungsamt bittet, ihm geeignete preiswerte Zimmer baldmöglichst anzubieten. Wohnungen mit näheren Angaben erbeten an das Akademische Wohnungsamt, Universität, Zimmer 26; Sprechzeit von 9 bis 1 Uhr; Fernsprecher: Zentrum, 10 980. Besonders empfindlicher Mangel besteht an Zimmern für bedürftige Studenten zu günstigen Bedingungen (besonders ermäßigter Preis, oder gegen Beaufsichtigung der Schularbeiten).

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst ziemlich heiter und mild bei mäßigen südwestlichen Winden. Nachher zunehmende Bewölkung und etwas Regen.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, Mittwoch, den 3. Mai:

3. Kreis Wedding, 6 Uhr Bezirksverordneten-Versammlung im Zeigenschm. Schönebühlstr. 1.

Morgen, Donnerstag, den 4. Mai:

21. St. 7 Uhr Sitzung der Bezirksleiter mit den stellvertretenden bei Wergahn, Albrecht Straße 29. Die Bezirksleiter müssen sämtlich Wilke abgeben.

22. St. 7 1/2 Uhr bei Radon, Bräuerstraße 61. Sitzung der Bezirksleiter und Elternbeiräte.

23. St. 7 1/2 Uhr, Lokal Fortich, Blüchertw. Café Bergmannstraße. Sitzung Elternbeiräte und Kandidaten. Alle teilnehmenden Eltern sind eingeladen.

26. St. 7 1/2 Uhr Funktionensitzung bzw. Elternbeirätewahlen bei Bedernitz, Blüchertw. 24.

Gewerkschaftsbewegung

Die Neugestaltung des Polizeiwesens.

Ueber dieses Thema, unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus und der Arbeit der Einheitsreviere, sprach Polizeioberinspektor Kleinow-Dortmund am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung, die vom Bezirksverband Berlin des Verbandes der Polizeibeamten Preußens nach dem Kriegervereinshaus einberufen war. Der Vortragende begründete die Notwendigkeit eines Neuaufbaues des gesamten preussischen Polizeipersonals und trat insbesondere für Schaffung eines den neuzeitlichen Verhältnissen anzupassenden Einheitsreviers ein. Der Niedergang unserer Kultur infolge des Krieges, die steigende Unsicherheit und das erforderliche Eingreifen gegen benachteiligte Vandalen verlangten gebieterisch eine Neuorganisation. Das Hauptmoment erstreckt sich auf die vorübergehende Betätigung der Polizei. Für diese sei eine ganz besondere Schulung der Beamten nötig. Die alte Polizei habe ihren Ursprung aus der Armee genommen; die neue werde hierfür Pflanzstätten schaffen müssen. Der Beruf müsse erkannt werden, die Polizeiwissenschaft sei eine Wissenschaft für sich. Das Erziehungswort des Polizeileiters dürfe nicht bloß darauf gerichtet sein, die militärische Erziehung fortzusetzen. Einjähriger Besuch einer staatlichen Polizeischule, Heberführung der geprüften Diätäre in den Bereitschaftsdienst sei erforderlich.

Das Einheitsrevier soll folgende Beamte erhalten: Revierführer, Bureaubeamte, Revierkriminalbeamte, uniformierte Beamte für den Posten- und Patrouillendienst, Polizeisekretäre für den Innendienst und dem uniformierten Polizeileiter mit Kommandogewalt. Der Revierführer dürfe aber nicht Bureaubeamter sein. Was dem in bisherigen Aufbau entgegenstehe, habe sich als großer Nachteil erwiesen. Kein starres System, sondern ein lebendiger Organismus müsse vorhanden sein.

Mehrere Reviere würden zusammen eine Hauptmannschaft bilden, unter Aufsicht eines Vorstehers. Die ganze Arbeit müsse darauf eingestellt werden, mit fester Hand Ordnung zu halten. Eine zweckmäßige straffe Organisation sei Voraussetzung eines geregelten Dienstbetriebes.

Die Polizei müsse danach streben, das Vertrauen der Einwohnerschaft durch ihre Leistungen und durch ihr Eingreifen zu gewinnen. Dem fragenden Publikum müsse eine zweckmäßige Auskunft in höflicher Form gegeben werden.

Auch der Luwärtler für die oberen Stellen müsse durch den praktischen Dienst der unteren Grade gehen. Wünschenswert wäre es, wenn wir wieder zu dem alten Titel „Schußmann“ zurückkehren könnten, wie man überhaupt mit unpassenden Titeln etwas sparsamer sein möge. Nicht der Titel, sondern der innere Wert mache den Menschen. Die Polizeibeamten hätten zum Wohl der Gesamtheit zu arbeiten und ihre Arbeit sei nötig zur Befriedung unserer Verhältnisse. (Lebhafter Beifall.)

In der folgenden Aussprache stimmten alle Redner dem Vortragenden zu. Entschieden wurde das Bestreben einzelner Führerstellen verweigert, den ganzen Polizeipersonal militärisch anzuschließen. — Ein Redner führte an, daß in einer Kaserne durch die vorgelegte Stelle eine Nummer des Blattes „Volk und Wehr“ (3. Jahrgang Nr. 20) verbreitet worden sei, in der in schwülzigen Worten von Schwingen der schwarzweißen Fahnen und von Gebeten am Grabe der Kaiserin geschrieben wird. Eine dem Sinne des Vortragenden entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Demonstration der Bankangestellten.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die Demonstration der Bankangestellten Groß-Berlins, die am Dienstag im Lustgarten stattfand. Die Beteiligung übertraf alle bisher von den Bankangestellten veranstalteten Demonstrationen. Es waren an sechs Stellen im Lustgarten je zwei Redner bestellt. In der Freitreppe des Museums sprach Warg, der unter Hinweis auf die nach vielen Tausenden zählenden Teilnehmer hervorhob, daß die Kollegenschaft fest entschlossen sei, für ihr Arbeitsrecht einzutreten und zu kämpfen. Was der Schiedsspruch vom 9. April gebracht habe, sei unannehmbar, und mit seltener Einmütigkeit habe die Kollegenschaft bei der Abstimmung bekundet, daß sie damit nicht zufrieden sein könne. Selbst die qualifiziertesten Bankangestellten sollen sich heutzutage mit ungefähr der Hälfte des Lohnes begnügen, der in anderen Berufen längst bezahlt wird. Sie sollen sich mit etwas über 17 Mark zufriedengeben, während die Bauhilfsarbeiter 25 Mark erhalten. — Was am Sonnabend noch erreicht ist, reiche bei weitem nicht aus, um ein anderes Urteil über den Schiedsspruch zu fällen. In dem Spruch habe man sogar unser heiligstes Recht, das Koalitionsrecht, angegriffen und den Achtstundentag angefaßt. Man habe verlangt, daß die geforderten Überstunden nicht Leistungen darstellen sollen. Wir werden den Tarif nicht abschließen, sondern begraben, wenn er unsere Bedingungen nicht erfüllt. Sorgen wir dafür, daß wir nicht Amidos bleiben, sondern Hammer werden. (Stürmischer Beifall.)

Die anderen Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus. Mit Hochrufen auf die Solidarität der ganzen Bankangestelltenchaft schloß die imposante Demonstration.

Das Hauptversorgungsamt läßt sich Zeit.

Uns wird gefürchtet: Auf Grund der Revision des Besoldungsgeflechtes vom 11. März 1922 sind die Bezüge der Reichs- und Staatsbeamten, Angestellten usw. mit Wirkung vom 1. April 1922 ab erhöht worden, die Erhöhung beträgt bei den Angestellten durchschnittlich 600 bis 1000 M. Auf Antrag der beteiligten Gewerkschaften sollten in Anbetracht der mahnungswürdigen Teuerung die neuen Gehälter am 24. April und am 27. Mai 1922 bezahlt werden. Heute, am 26. April, stehen die Verhältnisse bei dem Hauptversorgungsamt der Provinz Brandenburg, Berlin-Schöneberg, so, daß am 24. April ein Vorschau in Höhe des alten Märzgehaltes gemacht wurde und der Rest in Höhe von 700 bis 1000 M. vorläufig nicht gezahlt werden kann, weil jetzt für jeden Angestellten ein Konto eingerichtet wird. Diese Einrichtung bedarf ungefähr 14 Tage Zeit, deshalb müssen die Ange-

stellten mit ihrem Aprilgehalt noch vielleicht 14 Tage warten, falls nicht inzwischen erst Löhne oder ein Federhalter auf amtlichem Wege angefordert werden muß.

Die auf demselben Grundstück befindlichen Versorgungsämter I—VI und das Hauptversorgungsamt Berlin haben am 24. April schon die neuen Bezüge gezahlt.

Graveure und Ziseleure.

Eine Versammlung am Mittwochabend im „Alexandiner“ hatte tarifliche und sonstige Branchenangelegenheiten zu erledigen. Nach dem Reichstarif für Graveure und Ziseleure vom 4. April sind die Tarifindefinitivitäten nach Einwohnerzahl der Städte gestaffelt und betragen in Städten mit über 500 000 Einwohnern für über 24 Jahre alte Facharbeiter ab 10. April 18 M., ab 1. Mai 17 M. pro Stunde. Ueber 24 Jahre alte Hilfsarbeiter erhalten 15,10 M. bzw. 16,10 M. — Für Hilfsarbeiterinnen gelten die Abmachungen vom 18. Oktober 1921. — Im besetzten Gebiet ist ein Zuschlag von 10 Proz. für alle Löhne vorgegeben. — Hierzu gelten folgende Erläuterungen vom 28. Juni 1920: „Die im Tarif festgelegten Lohnsätze sind nicht als Maximalhöhe zu betrachten. Gehilfen, welche durch ihre Befähigung über das normale Maß hinaus Leistungen vollbringen, sollen durch gegenseitige Vereinbarung mit Betriebsrat, Obmann oder Vertrauensmann höhere Sätze erhalten.“

Branchenvertreter Lohse regte an, von einer weiteren Bericht-erstattung und Diskussion über die gedruckt vorliegenden Abmachungen abzusehen, und die Versammlung war hiermit einverstanden. Der Redner wandte sich dann in längeren Ausführungen dem Kampf der süddeutschen Metallarbeiter zu und hob hervor, daß der Kampfesmut der süddeutschen Kollegen sich noch völlig ungebrochen sei. Es sei die vornehmste Pflicht, den kämpfenden weitgehendste Solidarität durch ausreichende pekuniäre Unterstützung zu beweisen. Auch Bogel und andere Redner traten entschieden für die Unterstützung der süddeutschen Metallarbeiter ein.

Am 3. Mai soll über eine neue Lohnregelung verhandelt werden. Hierzu wurde beschlossen, keinen zentralen Abmachungen zuzustimmen, sondern für örtliche Lohnverhandlungen einzutreten.

Von den Leipziger Kollegen lag die Anregung zur Abhaltung einer Berufskonferenz vor. Diese Anregung wurde von mehreren Rednern befürwortet. Schließlich fand der Antrag, den Vorstand des Verbandes zur sofortigen Einberufung einer beruflichen Reichskonferenz aufzufordern, einstimmig Annahme.

Einigung im Tapezierergewerbe.

Die Tapezierer nahmen am Dienstagabend in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Müller berichtete, daß nach langen Verhandlungen folgendes Angebot den Arbeitgebern gemacht wurde: Für Junggefellene bis zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit eine Stundenzulage von 50 Pf., für ältere Gehilfen 2 M., für angeleitete Arbeiterinnen 1 M. und für ungeleitete 50 Pf.

Hierzu würden die Löhne sich in vorstehender Reihenfolge auf 13,50 M., 21 M., 15 M. und 11,50 M. stellen. Gefordert war von der Lohnkommission eine Zulage von 35 Proz. auf alle Stundenlöhne.

Die dem Bericht folgende Aussprache, an der sich auch Kleinmeyer mit längeren Ausführungen beteiligte, ließ erkennen, daß die Verammelten sich in der Schätzung dieses viel zu niedrigen Angebots vollständig einig waren; trotzdem erklärten die meisten Redner sich für die Annahme, unter der Bedingung, daß die Kommission alsbald über neue Forderungen mit den Arbeitgebern in Verhandlung zu treten habe. Unter dieser Voraussetzung stimmte die Versammlung mit überwiegender Mehrheit der Annahme zu.

Lohnerhöhung in den Berliner Mühlen.

Die Lohnbewegung der Mühlenarbeiter Groß-Berlins ist durch Vergleich vor dem Schlichtungsausschuß mit dem Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie zum Abschluß gebracht.

In Löhnen werden rückwirkend ab 16. April bezahlt: an die Gelehrten wöchentlich 875 M., an die Ungelehrten 865 M. und an die Frauen 585 M. Die Zulage beträgt für alle männlichen Arbeitnehmer wöchentlich 150 M. und für die Frauen 110 M. Außerdem erhält jeder Arbeitnehmer ein Deputat von 4 Pfund Mehl.

Dieses neue Lohnabkommen gilt bis zum 15. Mai.

Bauarbeiter. Das letzte Lohnabkommen im Hoch- und Betonbaugewerbe ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden. Somit tritt der erhöhte Stundenlohn für das Hochgebiet Groß-Berlin am 1. Mai in Kraft.

Für die Arbeiter des Chemischen und Mineralgroßhandels ist das zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels am 4. Februar getroffene Lohnabkommen am 14. April 1922 für rechtsverbindlich erklärt. Alle Arbeiter, welche bei Nichtmitgliedsfirmen des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes des Großhandels beschäftigt sind und die in dem Lohnabkommen festgelegten Lohnsätze nicht erhalten, werden aufgefordert, sich beim Transportarbeiterverband, Berlin S.O., Engelsteuf 24/25, Zimmer 31, mit dem Mitgliedsausweis zu melden.

Der mit dem Arbeitgeberverband Berliner Fabrikanten konfessioneller Weikwaren, Küchens, Rinderhüte und verwandter Artikel und dem Zentralverband der Angestellten am 25. Februar 1922 abgeschlossene Tarifvertrag (Geschäftszeichen IV D. 1666/35) ist für allgemeinverbindlich erklärt worden. — Ebenso der am 1. Februar 1922 abgeschlossene Tarifvertrag zum Tarifvertrag für die Angestellten im Samt- und Seidenwarengroßhandel für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Januar 1922 (Arbeitszeichen IV D. 637/42). Es ist somit jede Firma der genannten Branche verpflichtet, die Bestimmungen des vorstehenden Abkommens einzuhalten.

Tarifverträge sind beim Zentralverband der Angestellten, Kommandantstraße 63/64 und Belle-Alliance-Straße 7/10, erhältlich.

Stand der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliedsverzeichnisse: Heute 7½ Uhr: Geyers, Katteler, Rathaus; Charlottenburg II, Wadernische Bierhallen, Schillerstr. 34; Nordost, am Ringstr., Neue Königstr. 1. Donnerstags 7½ Uhr: Charlottenburg I, Ringstr., Ralf-Weg, Allee 36; Charlottenburg III, Reichens Hans, Windmühlstr. 39; Friedenau, Hohensteiner, Sandbergerstr. 6 Uhr; Nordost IV, Hubertus, Nordholmer Str. 99; Nordost I, W. Reife, Ebnstr. 78; Spandau, Neuer Katteler, Rathaus; Gloger, Althof, Althof-Ges. Adlerstr. 82.

Wirtschaft

Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.

Die Umsätze dieser zentralen Einkaufsgenossenschaft der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine zeigen im ersten Vierteljahr eine gewaltige Steigerung gegen die Vergleichszeit des Vorjahres.

Der Gesamtumsatz der G. G. belief sich im 1. Quartal 1922 auf 1 894 151 759,06 M. im 1. Quartal 1921 371 114 568,71 M. mithin ein Mehr von 1 018 037 192,35 M. = 273%

In selbst hergestellten Erzeugnissen betrug der Umsatz im 1. Quartal 1922 137 300 401,36 M. im 1. Quartal 1921 36 800 462,42 M. mithin ein Mehr von 100 618 938,94 M. = 274%

Die mächtig angeschwollenen Ziffern entsprechen etwa der Geldentwertung, gemessen an dem Durchschnitt der Großhandelspreise. Daraus ergibt sich, daß die große Schwächung der Kaufkraft weiler Bevölkerungskreise, wie sie insbesondere in den letzten Monaten infolge der rapide zunehmenden Teuerung zu verzeichnen war, die Umsätze des Genossenschaftsinstitutes nicht berührt hat.

Wachsende Teuerung auch in Ungarn. Seit vierzehn Tagen ist in Ungarn eine geradezu katastrophale Steigerung aller Lebensmittelpreise eingetreten. Die Steigerungen betragen durchschnittlich 95 Proz., erhöhen sich aber bei einzelnen Waren bis auf 120 Proz. Ein Kilogramm Rindfleisch kostet 400 Kronen, womit unter Berücksichtigung der Valuta sogar der Preis des Fleisches in Wien, der 4000 österreichische Kronen beträgt, übertraffen wird. Der Hauptgrund für die enorme Teuerung liegt in dem ununterbrochenen Banknotendruck. Die Vorkäufe des Roten Instituts an die Staatskasse haben vier Milliarden Kronen überschritten. Die Regierung stellt in den letzten Wochen immer steigende Ansprüche an das Roteninstitut. Es scheint, daß die Wahlkampagne die ungeheuren Summen verschlingt, die die reaktionäre Gewaltregierung jetzt benötigt.

Berichte für den Monat. Tell: Franz Köhler, Berlin-Charlottenburg; für Konzepte: K. Gloger, Berlin; Berlin-Berliner-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Formäris-Verlag u. Verlagsanstalt Josef Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Vollzettel

5. Klasse. 17. Ziehungsstag. 3. Mai 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Oben Gewinzt. Rechts unten verbleibt. In der Normalziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen

4 M 40000 M 6493 204349	122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577
2 M 50000 M 150906	80070 71702 74814 82872 90900 91678 93667 96405 97000 100770
4 M 120000 M 183437 260793	301108 101952 103600 104080 105750 111238 110947 118603 120822
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	129768 136690 143332 143805 149226 149368 181379 18919 167740 169812
296691 507751	170598 171095 174861 177449 181734 186854 190898 196768 196462 208722
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	216451 217571 224428 232922 254911 266743 272886 274386 277731 297328
2 M 50000 M 150906	280617 293229 295100
4 M 120000 M 183437 260793	428 M 1000 M 1744 3225 3393 5898 7182 7300 9005 10084 10682
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	12526 18181 20205 22183 22251 23176 23606 24551 25939 26634 28869
296691 507751	29213 30337 30708 30913 31319 35144 35643 35071 37471 38727 40368
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	42819 42148 46244 50831 52588 52588 50109 64512 65167 88297 88874
2 M 50000 M 150906	59501 59597 60183 60189 60380 60383 62159 63153 64453 65897 68279
4 M 120000 M 183437 260793	80586 87778 78412 74512 74936 76327 75881 80225 83521 83682 83788
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	85288 85770 85917 86435 87623 87047 90238 91728 93883 93883 95923
296691 507751	102095 105088 104435 107309 108084 108498 109394 112878 113929 117460
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	120014 121333 124204 125500 128886 127865 130056 131306 133705 135698
2 M 50000 M 150906	138878 139128 139614 140025 140233 146532 148534 148811 150303 150303
4 M 120000 M 183437 260793	158005 155350 156051 158989 158880 157562 168173 160724 161200 161268
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	163491 163862 163674 165585 166049 166787 166892 167399 168163 168324
296691 507751	168392 168612 170048 172300 172821 173248 175637 175588 176062 177283
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	177817 178728 179410 181598 187183 185511 189674 190195 195787 196064
2 M 50000 M 150906	196139 197609 200344 200788 209792 208365 204071 208110 206190 206989
4 M 120000 M 183437 260793	207998 201670 209333 210048 213476 211179 211340 213281 213308 215382
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	228425 219027 218483 224037 224742 226583 226979 227784 227887 239601
296691 507751	235510 236433 237619 237970 237996 239193 241135 242153 245624 248285
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	254495 250511 252770 253584 253821 259215 258263 262984 262988 263828
2 M 50000 M 150906	271385 273216 273858 274170 275278 275841 275894 276504 281381 281470
4 M 120000 M 183437 260793	281442 286085 286481 286477 287818 290982 292263 292654 299674 299678

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen

2 M 50000 M 150906	114 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577
2 M 120000 M 183437 260793	73033 88121 84228 102049 105006 108003 108027 108027 108027 108027
22 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	131029 135844 137223 135187 136937 136770 137456 136776 137538 137538
199000 261047 280397	179040 179703 184657 184200 180857 201774 201948 219004 219004 219004
114 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	227309 234734 240106 240495 243503 243287 243635 253375 262041 262041
2 M 50000 M 150906	270761 273763 277407 287009 287302 287400 291611 290444
4 M 120000 M 183437 260793	356 M 1000 M 248 295 1804 3015 7614 7626 9885 14753 18530
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	18909 21048 22003 22863 23006 25286 26048 26958 26958 26047 28173
296691 507751	50429 86665 8143 33488 34438 34521 37838 37836 38297 39416 42966
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	45005 45210 46259 48771 50374 50316 56478 57429 59413 60719 62068
2 M 50000 M 150906	61290 62812 63235 64289 65055 65636 67610 67802 68075 68570 69081
4 M 120000 M 183437 260793	72707 71794 80703 80724 82610 84470 85306 94215 95005 90024 109017
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	102830 104467 108494 112842 118183 118228 118209 119407 119663 119674
296691 507751	126095 127419 128280 128593 128754 129571 130648 131379 131680 134510
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	134845 135514 136409 136106 137652 138188 138889 143448 142714 143208
2 M 50000 M 150906	143219 150820 153020 154574 155223 157601 168063 168076 168076 168076
4 M 120000 M 183437 260793	168027 168920 170187 170368 171240 171509 172879 173779 175273 178229
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	178165 179079 181137 182210 182272 182016 182796 183545 183540 184298
296691 507751	196092 197406 204312 212196 213582 217255 219185 219111 223247 222682
122 M 30000 M 6034 9378 14201 17054 20538 23339 26100 50577	225122 226958 229494 230663 234207 236763 238041 239306 241678 248097
2 M 50000 M 150906	246774 247042 251623 253420 255616 256190 260914 261906 260431 260629
4 M 120000 M 183437 260793	261082 261210 262928 264999 267658 267737 268247 269198 269172 273708
18 M 80000 M 87693 124312 187512 190609 217198 281387 292086	278209 278263 278301 279226 280557 282384 282381 283174 284079 285038
296691 507751	288070 288073 287132 288281

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind am 26. März zu erziehen, die bei den monatlichen Ziehungen am monatlichen Gewinn anliegen.

Möbel
Gelegenheits-
Auf Wunsch Zahlungsziel
Möbel-Freie
BERLIN N 54
Wuhlgang 1

Arbeitskraft & Lebensfreude
erhalten u. geben
Grodesberger
Blutreinigungs-Brust-Maschen-
Lungen-Leber-Nieren-Blasen-
Nicht-Rheuma-Nerven-
Aerisch empfohlen
In Apotheken, Aufhängeschiff, usw.
Elefanten-Apothek, SW, Leipziger Str. 74
Seifenpulver
Salmiak-Terpentin, ca. 10% M. 3,50
Schnitzpulv., ca. 5% + 10% Schnitz. 4,80
per Pfund-Packung
für Wäschereien in 100-Pfd.-Säcken
M. 25.- weniger per Zentner
Ludwig Behrend Berlin SW 11
Anhaltstr. 8
Nollendorf 4079

Gold-, Silber-, Platin-, Alte Metalle
Echte extrakt. Waltharius Hentzong - Essenz
(Diamant) 1/2 Fl. M. 60, bei 24 Fl. M. 110 frk. u.
u. (auch) kann man höchsten Tageskurs
Gehhaar, Waldemarstraße 61.
Laborator E. Waltharius, Halle a.S. - Troitz 143

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstheilender
liefer ich in Qualität
und Preisen einzig da-
stehende
Trauringe
1 Ring, Dukalergold, von 250,- an
1 Ring, 685 gelbtemper, von 200,- an
1 Ring, 333 gelbtemper, von 100,- an
Garantierschein für gesetzliches Goldinhalt.
D. R. G. M. Ausführlicher Katalog nach wertsich geg. Rückpost.
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1638. Telephon: Steinglatz 11953.
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Das deutsche Volk in Sitte und Brauch
Von Dr. Georg Buschan.
Geburt / Liebe / Hochzeit / Familienleben / Tod / Tracht
Wohnweise / Volkskunst / Lied / Tanz / Spiel / Handwerk
und Zünfte / Aberglaube usw. Mit 353 Abbildungen im Text,
15 Kunstablättern, 480 Seiten Quartformat, gutes Papier, guter
Druck, guter Einband, Mark 385, monatlich
40 Mark
Eine Bibliothek ohne dieses Werk ist lückenhaft!
Bestellzettel. Bei der Buchhandlung Georg Arnold, Berlin SW 48,
geb. M. 385,-, zahle monatlich M. 40,-. Erfüllungsort: Berlin-Tempelhof,
Name, Stand: _____
Adresse: _____
Buchhandlung GEORG ARNOLD, Berlin SW 48, Friedrichstraße 226, V.
liefert alle Bücher gegen bequeme monatliche Ratenzahlungen.